



2

Wirtschaftskammer Kärnten
Europaplatz 1
9021 Klagenfurt am WS

Klagenfurt, am 31. Oktober 2023

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 21. November 2023

**“Vorübergehendes Aussetzen der KIM-Verordnung zur
Stabilisierung insbesondere der Lage der Bauwirtschaft”**

Seit über einem Jahr warnt die Freiheitliche Wirtschaft eindringlich vor den drohenden Herausforderungen durch die verschärften Kreditvergaberichtlinien, wie sie in der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-Verordnung) des Bundeskanzleramt festgelegt wurden.

Kunden haben massive Schwierigkeiten, Finanzierungen zu erhalten, was sich zu einem ernsthaften Problem für die Bauwirtschaft entwickelt hat. Diese Warnungen wurden leider bislang nicht gebührend beachtet.

Nun hat auch das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) unter der Leitung von Gabriel Felbermayr den Zusammenhang zwischen der KIM-Verordnung und dem Einbruch in der Bauwirtschaft bestätigt.

Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung und die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) Maßnahmen ergreifen, um dieser prekären Situation entgegenzuwirken, bevor die Bauwirtschaft einschließlich des Baunebengewerbes in noch größere Schwierigkeiten gerät, dies insbesondere deshalb, weil die Bauwirtschaft einer wichtigsten und größten Arbeitgeber Österreichs ist.

Die von WIFO-Chef Gabriel Felbermayr vorgeschlagene Maßnahme, die Bestimmungen der KIM-Verordnung zu überdenken, ist ein willkommener und notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Die Idee, anstelle der monatlichen Tilgungsrate von höchstens 40 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens absolute Euro-Beträge heranzuziehen, könnte dazu beitragen, den schwer getroffenen Bausektor zumindest teilweise zu unterstützen.

Will man das Problem jedoch an der Wurzel packen, müsste diese Verordnung in diesen wirtschaftlich schweren Zeiten übergangsweise ausgesetzt werden.

Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden

Antrag

Die Wirtschaftskammer Kärnten wird ersucht, die Bundesregierung und die Finanzmarktaufsicht aufzufordern, eine spürbare und sinnvolle Lösung zu erarbeiten, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, ohne die gesamte Baubranche weiter in ihrer Existenz zu gefährden. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die KIM-Verordnung vorübergehend ausgesetzt werden.

WKK-Vizepräsident
KommR Günter G. BURGER

WP Delegierter Lim Stv.
KommR Friedrich REINBOLD